

Clinical Supervisor 21/2002, p. 39-57

Reid, W.; Bailey-Dempsey, C.; Viggiani, P. : Evaluating student field education: An empirical Study. In: Journal of Social Work Education 32/1996, p. 45-52

Schneck, D.; Grossman, B.; Glassman, U. (eds.): Field education in social work: Contemporary issues and trends. Iowa 1991

Shulman, L. : Skills of supervision and staff management. Itasca, IL: Peacock 1982

Shulman, L.: Teaching the Helping Skills: A Field Instructor's Guide. Alexandria 1994, VA: Council on Social Work Education

Stake, R.: Standards-Based & Responsive evaluation. Thousand Oakes 2004

Wilson, S.: Field instruction: Techniques for supervisors. New York 1981

Rundschau

► Allgemeines

Allgemeines Gleichbehandlungsgesetz. Im August diesen Jahres trat das Allgemeine Gleichbehandlungsgesetz (AGG) in Kraft. Das neue Gesetz schafft für die Bürgerinnen und Bürger mehr Rechtssicherheit als bisher. Die Ausgestaltung der Antidiskriminierungsarbeit bekommt dadurch einen verlässlichen Rahmen. Der Gesetzgeber bringt mit dem AGG zum Ausdruck, dass in einem Rechtsstaat Diskriminierung und ungerechtfertigte Ungleichbehandlung von Menschen wegen ihrer Rasse oder ethnischen Herkunft, ihres Geschlechts, ihrer Religion, ihres Alters, ihrer Behinderung oder ihrer sexuellen Identität nicht nur inakzeptabel, sondern auch rechtlich unzulässig sind und damit verfolgt werden können. Diskriminierungen jeglicher Art sind kein Kavaliersdelikt. Ob am Arbeitsplatz oder in sonstigen Bereichen des täglichen Lebens (beim Einkauf, bei Verträgen, gegenüber Versicherungen etc.) – das AGG bietet Schutz vor Ungleichbehandlung. Der Senat von Berlin hat Anfang letzten Jahres eine Leitstelle gegen Diskriminierung aus ethnischen, religiösen und weltanschaulichen Gründen eingerichtet, an die sich Bürgerinnen und Bürger wenden können, die diskriminiert wurden oder sich diskriminiert fühlen. Das neue Gesetz wird die Arbeit der Leitstelle erleichtern. Sie wird künftig eng mit der Gleichbehandlungsstelle des Bundes zusammenarbeiten. *Quelle: Pressemitteilung des Beauftragten des Senats von Berlin für Integration und Migration vom 18. August 2006*

Kompetenzzentrum Ehrenamt. Um Mitgliedsorganisationen des Deutschen Paritätischen Wohlfahrtsverbands, Landesverband Berlin, unterstützend und beratend zur Seite zu stehen, hat die Paritätische Akademie ein „Kompetenzzentrum Ehrenamt“ geschaffen. Die Einrichtung ist Ansprechpartner, wenn es um die Themen Ehrenamt, Freiwilligenarbeit und bürgerschaftliches Engagement geht. Sie bietet Beratung und vielfältige Möglichkeiten zur Fort- und Weiterbildung. Unter anderem werden Anfragen zu Forschungsergebnissen im Ehrenamtsbereich auf Grundlage aktueller Daten beantwortet. In Zusammenarbeit mit der „Paritätischen Gesellschaft BürgerAktiv“ arbeitet das Kompetenzzentrum an der Weiterentwicklung eines Ehrenamtsnetzes, um eine breitflächige Vernetzung zu erreichen und Informationen zum Thema Ehrenamt zu verbreiten. Weitere Informationen: Ina Kant, Tel. 24 63 64 43, E-Mail: kant@akademie.org *Quelle: Paritätischer Rundbrief, Landesverband Berlin, 7-8.2006*

Visionen sozialen Handelns. Menschlich + fachlich + wirtschaftlich. ConSozial 2005. Hrsg. Joachim König und andere. Allitera Verlag. München 2006, 404 S., EUR 22,- *DZI-D-7563*

Dieser Dokumentationsband der ConSozial 2005 stellt die aktuelle Diskussion zu dem Kongressthema „Visionen sozialen Handelns“ zusammen. In ihm finden sich der Plenarvortrag „Der Weg zum sozialen Dienstleister am

<https://doi.org/10.5771/0490-6906-2006-10-387>

Generiert durch IP '18.225.175.119', am 12.07.2024, 02:01:26

Das Erstellen und Weitergeben von Kopien dieses PDFs ist nicht zulässig.

Beispiel der Bundesagentur für Arbeit“ sowie 16 Fachvorträge, elf Praxisreferate und weitere allgemeine Beiträge. Das Themenspektrum reicht vom „Europäischen Dienstleistungswettbewerb“ über „Führungskräfte und Personalentwicklung im sozialen Bereich“ bis hin zu Gedanken über Hartz IV. Schwerpunkte sind zudem Ausführungen über Erziehung und Jugendhilfe sowie Altenpflege.

Bundesprogramm LOS. Das Bundesministerium für Familie, Senioren, Frauen und Jugend (BMFSFJ) setzt das Programm „Lokales Kapital für soziale Zwecke (LOS)“ fort. Das seit 2003 durch den Europäischen Sozialfonds (ESF) finanzierte Programm soll benachteiligten Menschen helfen, auf dem Arbeitsmarkt Tritt zu fassen und zugleich lokale Strukturen stärken. Im Juli 2006 startete bundesweit in 281 Gebieten mit besonderem Entwicklungsbedarf die vierte Förderperiode. LOS fördert mit bis zu 10 000 Euro lokale Mikroprojekte und kleine Initiativen in sozialen Problemgebieten. Träger wie örtliche Vereine, Kirchengemeinden, Unternehmen, Lehrstellenbündnisse oder auch Einzelpersonen beschäftigen bewusst Langzeitarbeitslose, benachteiligte Schulabgängerinnen und -abgänger sowie Ausbildungsplatzsuchende oder Berufsrückkehrerinnen. Über die Projektarbeit haben die eingesetzten Personen die Möglichkeit, sich weiterzubilden und beruflich zu qualifizieren. Ihr Einsatz etwa für das lokale Kulturangebot oder Naturschutzvorhaben fördert nicht nur die berufliche und soziale Integration im direkten Lebensumfeld, er stärkt zugleich den Zusammenhalt der Menschen vor Ort. Informationen unter www.los-online.de *Quelle: AWO Magazin 5.2006*

► Soziales

Minijobs. Die Pauschalabgaben für geringfügig entlohnte Beschäftigungsverhältnisse wurden ab dem 1. Juli 2006 auf 30 % erhöht. Damit wird der Pauschalbeitrag zur gesetzlichen Krankenversicherung von bisher 11 auf 13 % und der Pauschalbeitrag zur gesetzlichen Rentenversicherung von bisher 12 auf 15 % angehoben. Der einheitliche Pauschalsteuersatz bleibt unverändert. Geringfügig entlohnte Beschäftigungsverhältnisse in Privathaushalten sind von der Erhöhung nicht betroffen. Die Erhöhung des Pauschalbeitrages zur Rentenversicherung auf 15 % bringt es mit sich, dass Arbeitnehmerinnen und Arbeitnehmer, die vollwertige Rentenansprüche erwerben möchten und deshalb auf ihre Versicherungsfreiheit verzichten, ab dem 1. Juli anstelle des bisherigen Eigenanteils von 7,5 nur noch 4,5 % des Arbeitsentgelts zahlen müssen. Informationen: www.minijobzentrale.de *Quelle: Sozialpolitische Informationen des Bundesministeriums für Arbeit und Soziales 4.2006*

Wohngemeinschaft ist keine eheähnliche Gemeinschaft. Hartz-IV-Empfängerinnen und -Empfänger, die in einer Wohngemeinschaft leben, darf keine eheähnliche Gemeinschaft unterstellt und deshalb nicht das Arbeitslosengeld gestrichen werden. So lautet eine Entscheidung des Hessischen Landessozialgerichts in Darmstadt (Az.: L 7 AS 86/06 ER). In dem Beschluss heißt es, dass die Grundvoraussetzung einer eheähnlichen Gemeinschaft eine gleichzeitige Haushalts- und Wirtschaftsgemeinschaft sei. Das Gericht verurteilte mit dieser Begründung das Rhein-Main-Jobcenter dazu, Grundsicherungsleistungen an einen 34 Jahre alten Hartz-IV-Empfänger zu zahlen. Die Leistun-

gen waren eingestellt worden, nachdem der Mann gemeinsam mit einer Bekannten eine Zwei-Zimmer-Wohnung gemietet hatte. Zu Unrecht, denn beide Mietparteien hatten versichert, eine Wohngemeinschaft zu bilden. Jeder bewohne ein eigenes Zimmer, geteilt würden Küche, Flur und Bad und die Kosten der Wohnung. *Quelle: VdK-Zeitung 9.2006*

Wohnprojekt-Atlas: Bayerisches Netzwerk Wohnprojekte. Bürgerschaftliches Engagement für Solidarität in Nachbarschaft und Region. Hrsg. Bayerisches Staatsministerium für Arbeit und Sozialordnung, Familie und Frauen. Eigenverlag. München 2005, 43 S., keine Preisangabe *DZI-D-7647*

Das Interesse und die Aufgeschlossenheit gegenüber nachbarschaftlich orientierten Wohnformen sind in den letzten Jahrzehnten gestiegen. Nicht nur ältere, pflegebedürftige oder behinderte Menschen, sondern auch Paare, Familien und junge Singles suchen alternative, gemeinschaftliche Wohnformen, in denen sie sich entfalten und selbstbestimmt leben können. Die Modelle – etwa Wohngemeinschaften, Mehr-Generationenhäuser oder integratives Wohnen – sind dabei vielfältig. Der Verein Urbanes Wohnen e.V. München, der seit Jahren auf dem Gebiet des selbstorganisierten Bauens aktiv ist, hat die Daten für diesen Wohn-Projekt-Atlas erhoben und die inhaltliche Konzeption übernommen. Dieser enthält eine Standortübersicht und informiert über Projekte und Ansprechpartner, über die Formen und Arten von gemeinschaftsorientierten Wohnprojekten, die in Bayern praktiziert werden, sowie über deren Zielgruppen. Er soll nachbarschaftliche Initiativen aufzeigen und Bürgerinnen und Bewohner zu mehr Miteinander motivieren. Bestellanschrift: Servicestelle der Staatsregierung „Bayern Direkt“, Tel.: 018 01/20 10 10 E-Mail: direkt@bayern.de

Freiwilliges Soziales Jahr in Sachsen. Anfang September 2006 begannen zirka 1 600 junge Menschen in Sachsen ein Freiwilliges Soziales Jahr (FSJ), in dessen Rahmen sie zwölf Monate in gemeinwohlorientierten Einrichtungen gantztägig arbeiten. Der Schwerpunkt liegt weiterhin im sozial-karitativen Bereich. So leisten 40 % aller sächsischen FSJ-ler ihren Dienst in Einrichtungen der Altenpflege, 20 % in der Kinder- und Jugendhilfe, 18 % in der Behindertenhilfe und 10 % in der Gesundheitspflege. Neben diesen klassischen Feldern der Wohlfahrtspflege hat sich in Sachsen das FSJ auch in den Bereichen Kultur, Denkmalpflege, Politik und Sport etabliert. Seit diesem Jahr kommt ein neuer Freiwilligenausweis zum Einsatz. Er berechtigt zum Erwerb ermäßigter Fahrtausweise und Eintrittskarten. Damit werden die Rahmenbedingungen für dieses Engagement noch attraktiver gestaltet. *Quelle: Pressemitteilung des Sächsischen Staatsministeriums für Soziales 134/06*

Caritas: Positives Resümee für Ein-Euro-Jobs. Wer bei einem Wohlfahrtsverband mit der Bezahlung von einem Euro arbeitet, hat durchaus Chancen, eine Ausbildung, eine Fortbildung oder einen Arbeitsplatz zu finden. Von fast 28 000 Menschen, die bei den Wohlfahrtsverbänden Nordrhein-Westfalens tätig waren, fanden 30 % eine Beschäftigung in weiterführende Maßnahmen. Für 14 % bildete der Ein-Euro-Job die Brücke in ein festes Arbeitsverhältnis. So zog Christoph Elkenbusch vom Caritasverband Pader-

born für das erste Jahr ein überwiegend positives Fazit. Gerade für Menschen, die eine Tagesstruktur benötigen oder die mal wieder erfahren müssen, wie viel sie leisten können, seien diese Jobs ein gutes Instrument. Als alleiniges Mittel gegen die Arbeitslosigkeit taugte es jedoch nicht.
Quelle: Sozialcourage 3.2006

► **Gesundheit**

UN-Konvention zum Schutz behinderter Menschen.

In New York hat ein Ausschuss der Vereinten Nationen Ende August 2006 eine Konvention zum Schutz der Rechte und der Würde von Menschen mit Behinderungen verabschiedet. Um in Kraft zu treten, muss die Konvention noch von der UN-Vollversammlung angenommen und anschließend von den Mitgliedsstaaten ratifiziert werden. Noch in der letzten Verhandlungsrunde konnten entscheidende Punkte durchgesetzt werden. So wurde beispielsweise bei der Definition, wer als behindert gilt, eine Lösung gefunden, die keine Gruppe ausschließt. Die Rechte behinderter Frauen sind umfassend berücksichtigt. Die Konvention macht deutlich, dass die Vertragsstaaten besondere Anstrengungen zur Beseitigung der mehrfachen Diskriminierung behinderter Frauen und Mädchen unternehmen müssen.
Quelle: SoVD Zeitung, Sozialverband Deutschland, 9.2006

Ausgaben für Gesundheit. Im Jahr 2004 wurden in Deutschland insgesamt 234 Mrd. Euro für Gesundheit ausgegeben, 0,2 % mehr als im Jahr 2003. Das waren 10,6 % des Bruttoinlandsprodukts. Seit dem Jahr 1995 sind die Gesundheitsausgaben bis 2004 um 47,5 Mrd. Euro angestiegen (+ 25,5 %). Dies entspricht einer durchschnittlichen jährlichen Steigerung von 2,6 %. Gut 56 % dieser Ausgaben im Jahr 2004 hat die gesetzliche Krankenversicherung getragen, nämlich 131,6 Mrd. Euro. An zweiter Stelle standen die privaten Haushalte und die privaten Organisationen ohne Erwerbszweck mit 32,1 Mrd. Euro oder knapp 14 % der Ausgaben. 9 % oder 21,1 Mrd. Euro entfielen auf die private Krankenversicherung. Gesundheitsausgaben fallen überall dort an, wo Patientinnen und Patienten versorgt oder Leistungen für die Gesundheitsversorgung erbracht werden. Die Schwerpunkte liegen dabei auf den Einrichtungen der ambulanten und (teil)stationären Gesundheitsversorgung: Zusammen entfielen im Jahr 2004 rund 198,2 Mrd. Euro auf Leistungen dieser beiden Sektoren.
Quelle: Pressemitteilung des Statistischen Bundesamtes 327/06

Demenzranke Menschen im betreuten Seniorenwohnen. Herausforderungen und Empfehlungen. Von Angela Eberhard und Winfried Saup. Verlag für Gerontologie Alexander Möckl. Augsburg 2006, 62 S., EUR 12,80
DZI-D-7650

Betreutes Wohnen ist eine spezifische Form des altengerechten Wohnens mit dem Ziel, Seniorinnen und Senioren mit gesundheitlichen Beeinträchtigungen eine selbstständige Wohn- und Lebensweise zu ermöglichen, indem eine seniorenrechtlich gebaute und eingerichtete Wohnung mit einem Angebot an sozialer Alltagsbegleitung und an Betreuung für den Hilfe- und Pflegefall kombiniert wird. Obwohl diese Wohn- und Versorgungsform nicht für demenzranke alte Menschen konzipiert ist, leben in entsprechenden Einrichtungen dennoch immer mehr Personen mit mehr oder minder ausgeprägten Symptomen einer Altersver-

wirrtheit. Dadurch entstehen spezifische Herausforderungen und Probleme für Einrichtungsträger, Betreuungskräfte und die (gesunden) Mitbewohnerinnen und -bewohner. Diese Veröffentlichung beschreibt solche Herausforderungen und benennt Bedingungen sowie Grenzen für das Wohnen demenzkranker Älterer in betreuten Wohnanlagen. Einrichtungsträger und Beschäftigte finden in ihr praxisnahe Empfehlungen für die Auseinandersetzung mit der Demenzproblematik sowie Hinweise auf zukunftsweisende Ideen einer Betreuung und Versorgung.

Folgen des Passivrauchens. Die gesundheitlichen Schäden durch Passivrauchen sind umfassend nachgewiesen. Offizielle unabhängige Untersuchungen aus verschiedenen Ländern kommen jeweils zu dem selben Schluss: Passivrauchen ist eine ernst zu nehmende Gesundheitsgefährdung mit Todesfolge. Im März 2006 haben die European Respiratory Society, das European Heart Network, Cancer Research UK und das Institut National du Cancer (Frankreich) einen Bericht über die Vorzüge eines rauchfreien Europas veröffentlicht. Mit „Lifting the Smokescreen: 10 reasons for a smoke free Europe“ richten sich die vier im Bereich Raucherprävention aktiven Organisationen an Politikerinnen und Politiker in ganz Europa. Ihr Ziel ist es aufzuzeigen, dass mit einer Gesetzgebung, die das Rauchen an öffentlichen Orten sowie am Arbeitsplatz (einschließlich Bars und Restaurants) untersagt, nur gewonnen werden kann. Der Bericht steht im Internet zum Download zur Verfügung unter: www.ehnheart.org. – Publications – Tobacco
Quelle: Pressemitteilung der EU-Initiative „Help – Für ein rauchfreies Leben“ vom 5. September 2006

► **Jugend und Familie**

Jugendgemeinschaftsdienste 2007. Auch im kommenden Jahr veranstalten die Internationalen Jugendgemeinschaftsdienste e.V. (ijgd) Workcamps in ganz Deutschland. Es sind zirka 120 Gemeinschaftsdienste geplant, für die die ijgd noch Träger von Arbeitsprojekten suchen. Für drei Wochen treffen sich in diesen Diensten Jugendliche und junge Erwachsene im Alter von 16 bis 26 Jahren aus aller Welt, um an einem gemeinnützigen Projekt, wie zum Beispiel in der Landschaftspflege, im Naturschutz, im Forst, bei Renovierungen, bei Ferienspiellaktionen, beim Spielplatzbau, bei künstlerischen Projekten, im sozialen Bereich und in anderen gemeinnützigen Arbeitsprojekten, mitzuarbeiten und in einer internationalen Gruppe ihre Freizeit zu verbringen. Die Camps finden meistens im Zeitraum von Juni bis September eines Jahres statt. Die Jugendgemeinschaftsdienste werden unter anderem aus Mitteln des Bundesjugendplans bezuschusst. Daneben ist aber auch ein finanzieller Beitrag der Projektträger erforderlich, der je nach örtlichen Verhältnissen und speziellen Vereinbarungen zwischen 175 und 395 Euro pro Person liegt. Informationen: ijgd, Projektreferat, Kasernenstraße 48, 53111 Bonn, Tel.: 02 28/228 00-18, Fax: 02 28/228 00-10

Elternkursprogramm für junge Eltern. Erziehung muss gelernt werden. Gerade am Anfang, wenn durch Schwangerschaft und Geburt fast alles anders und neu wird, gibt es viele Fragen und ungewohnte Anforderungen an Partnerschaft, Haushaltsführung und vor allem den Umgang mit dem Kind. Ein neues Elternkursprogramm in Rheinland-Pfalz richtet sich an alle Eltern und soll ihnen helfen,

sich für ihre Elternschaft fit zu machen und Bescheid zu wissen, wo gegebenenfalls weitere Informationen und Hilfen einzuholen sind. Ein Handbuch liefert die wesentlichen Arbeitsgrundlagen für Kursleiterinnen und Kursleiter des Elternkursprogramms, das möglichst umfassend Eltern erreichen und deshalb auch in vielen Kommunen angeboten werden soll. Das Programm umfasst 30 Module, die sich auf die Zeit der Schwangerschaft, die Phase der Geburt und auf das erste Lebensjahr beziehen. Die Implementierung des Programms in Rheinland-Pfalz wird durch Fachkräfteschulungen und finanzielle Förderung des Landes bei der Kursdurchführung unterstützt. *Quelle: Pressedienst des Ministeriums für Arbeit, Soziales, Familie und Gesundheit von Rheinland-Pfalz 134-5/06*

Jung und Alt in der Geschichte. Am 1. September 2006 startete die 20. Ausschreibung des Geschichtswettbewerbs des Bundespräsidenten unter dem Titel „miteinander – gegeneinander? Jung und Alt in der Geschichte“. Der Wettbewerb richtet sich an Kinder und Jugendliche unter 21 Jahre und wird von der Hamburger Körber-Stiftung ausgerichtet. Die Teilnehmenden können Geld- und Sachpreise in Höhe von insgesamt 250 000 Euro gewinnen. Einsendeschluss ist der 28. Februar 2007. Schüler und Schülerinnen können das Generationenverhältnis im Mehr-Generationenhaushalt, Proteste von Jugendlichen gegen die Elterngeneration erforschen oder Veränderungen im Leben von alten Menschen in den Blick nehmen. Die Ausschreibungsunterlagen sowie Tipps zur historischen Spurensuche enthält das Magazin „Spuren Suchen“. Dieses und die Ausschreibungsunterlagen können angefordert werden bei der Körber-Stiftung, Geschichtswettbewerb, Kehrvieler 12, 20457 Hamburg, Tel.: 040/80 81 92-145, Fax: 040/80 81 92-302 E-Mail: gw@koerber-stiftung.de

Lernplattform gegen sexuelle Gewalt unter Jugendlichen. Diese Lernplattform – unter www.niceguysengine.de zu sehen oder als CD-ROM erhältlich – hilft Pädagogen und Pädagoginnen, das Thema sexuelle Gewalt in Schulklassen und Jugendgruppen zur Sprache zu bringen. Diese Präventionsarbeit und damit die Sensibilisierung Jugendlicher ist dringend nötig. Sexuelle Übergriffe, speziell Vergewaltigung von Kindern, werden am häufigsten von Jungen zwischen 14 und 16 Jahren begangen. Jugendliche können die Lernplattform selbstgesteuert, online und interaktiv nutzen, die pädagogischen Fachkräfte übernehmen dabei eine Moderatorenfunktion. *Quelle: Informationen der Herausgeberin Prof. Rentmeister, Fachhochschule Erfurt*

Man lebt zweimal. Bikulturelle Ehen und Familien in Berlin. Von Edith Kresta. Hrsg. Der Beauftragte des Senats von Berlin für Integration und Migration. Selbstverlag. Berlin 2006, 52 S., EUR 2,- *DZI-D-7648*
Im Jahr 2004 wurden in Berlin 12 569 Ehen geschlossen, davon 9 676 zwischen deutschen Staatsangehörigen und 2 893 mit Beteiligung eines nichtdeutschen Ehepartners. Demnach war fast jede vierte Eheschließung im Jahr 2004 in Berlin interethnisch. Bei den eingetragenen Lebenspartnerschaften betrug im gleichen Jahr der Anteil der binationalen Partnerschaften sogar fast ein Drittel. Bikulturelle Familien sind schon lange ein normaler Bestandteil unserer Umwelt. Eine Eheschließung dieser Art – ob im Ausland oder in Deutschland – berührt zahlreiche Fragen, und die

sind keineswegs nur rechtlicher Natur. Die Autorin dieser Schrift hat sich in Familien erkundigt, in denen der Partner oder die Partnerin einen unterschiedlichen kulturellen Hintergrund mitbringt. Wie funktioniert ihr Alltag? Welche Anforderungen stellt er an Flexibilität und Toleranzfähigkeit der Beteiligten? Welchen Druck üben Familien, Nachbarn, Freunde, Behörden aus? In neun Porträts zeigt die Autorin, was kulturelle Vielfalt für die Familien bedeutet. Bestellanschrift: Der Beauftragte des Senats von Berlin für Integration und Migration, Potsdamer Straße 65, 10785 Berlin, Tel.: 030/90 17 23 51, Fax: 030/262 54 07, E-Mail: integrationsbeauftragter@auslb.-verwalt-berlin.de

► Ausbildung und Beruf

Internationale Gesellschaft heilpädagogischer Berufs- und Fachverbände (IGhB). In einer Zeit größerer beruflicher Anforderungen ist es für die Heilpädagogik und deren Vertretende wichtig, Kommunikationsnetze über die Landesgrenzen hinaus zu knüpfen. Deshalb gründeten die vier Berufsverbände aus Deutschland, Luxemburg, Österreich und der Schweiz im November 2005 in Ulm die IGhB. Zweck des Zusammenschlusses ist es, eine internationale Berufspolitik zu verfolgen, die es erlaubt, sich für die Anliegen der Heilpädagogik gemeinsam einzusetzen. Insbesondere betrifft dies Fragen der beruflichen Standards und der dazugehörigen Aus- und Weiterbildungsmöglichkeiten. Weiter sind die Entwicklung des beruflichen Austausches sowie die Erarbeitung eines gemeinsamen Berufsverständnisses und berufsethischer Richtlinien geplant. Ein besonderes Anliegen ist hierbei die Verbesserung der Lebenssituation von Menschen mit Behinderungen in jedem Lebensalter. Weitere Informationen stehen unter www.heilpaedagogik.de *Quelle: Mitteilung der IGhB, Michaelkirchstraße 17/18, 10179 Berlin, Tel.: 030/40 60 50 60, Fax: 030/40 60 50 69, E-Mail: info@heilpaedagogik.de*

Miteinander reden – erfolgreich kooperieren. Ein Leitfaden für sprachliches Teamwork von Frauen und Männern am Arbeitsplatz. Von Helmut Ebert und Gabriele Dafft. Hrsg. Landschaftsverband Rheinland. Selbstverlag. Bonn, ohne Jahr, 35 S., EUR 5,- *DZI-D-7658*

In dieser Broschüre präsentieren der Autor und die Autorin die Ergebnisse einer aktuellen Studie über die Sprache von Frauen und Männern im Berufsalltag. Sie beobachteten und analysierten das geschlechtsspezifische Sprachverhalten in konkreten Arbeitsbesprechungen. Wichtigstes Ergebnis: Es gibt markante Unterschiede in der Sprache von Männern und Frauen. Ein moderner Arbeitgeber und Dienstleister ist darauf angewiesen, dass die interne Kommunikation reibungslos läuft. Deshalb zeigt diese Veröffentlichung mit praktischen Tipps und anhand konkreter Beispiele, wo Sprachunterschiede bestehen und wie Menschen in ihrem Arbeitsalltag damit umgehen können. Bestellanschrift: Amt für rheinische Landeskunde, Regionalkommunikation, Endenicher Straße 133, 53115 Bonn, Tel.: 02 88/98 34-207, Fax: 02 28/98 34-119 E-Mail: gabriele.dafft@lvr.de

Zertifikatskurs Jungendpädagogik. Theorien, Methoden und Konzepte zur Arbeit mit Jungen und jungen Männern. Die bisher einzige von einer Hochschule zertifizierte Weiterbildung zur professionellen Arbeit mit Jungen wird von der Fachhochschule Nordwestschweiz in Basel (Schweiz)

angeboten. Im Februar 2007 beginnt der nächste Durchgang des Nachdiplomkurses Jungenpädagogik, welcher etwa ein Jahr dauert. Die Weiterbildung bietet die Gelegenheit sich wissenschaftlich fundiert, fachlich umfassend und praxisbezogen mit Jungenpädagogik auseinanderzusetzen. Hier können sich Männer und Frauen, die mit Jungen arbeiten, das für professionelles Handeln notwendige Wissen aneignen. Informationen: Fachhochschule Nordwestschweiz, Hochschule für Soziale Arbeit, Hans-Ueli Raaflaub, Koordinator Weiterbildung, Tel.: 00 41/61/337 27 24
E-Mail: hansueli.raaflaub@fhnw.ch

Public Relations-Beratung mit Zusatzqualifikation Non-Profit-PR und -Marketing. Im Dezember 2006 läuft in Bad Honnef die nächste Reihe der berufsbegleitenden PR-Weiterbildung mit Zusatzqualifikation Non-Profit-PR und -Marketing an. Sechs Kursmodule führen zum anerkannten Abschluss als PR-Beratende, der von der Deutschen Akademie für Public Relations vergeben wird. Die Weiterbildung ist auf die speziellen Anforderungen außerhalb der Industrie ausgerichtet und beinhaltet zusätzliche Themen wie Low-Budget-PR und Corporate Citizenship. Sie ist gedacht für Personen, die in Kommunen, Kultur, Wissenschaft oder in sozialen und kirchlichen Organisationen oder Verbänden und Stiftungen professionelle PR-Arbeit leisten oder selbstständig arbeiten wollen. Informationen: Institut burcom, Studienleitung, Tel.: 065 65/95 58 27
E-Mail: mach@burcom.de; Internet: www.burcom.de

Master-Fernstudiengang Sozialmanagement. Der sich verändernde Arbeitsmarkt für Leitungspersonlichkeiten sozialer Organisationen, die in ihrer Karriereentwicklung zunehmend auch Verbandsgrenzen überspringen, erfordert eine breitere Ausrichtung beruflicher Qualifikation als sie bisher in den verbandsbezogenen Akademien erfolgt. Von daher haben sich die Paritätische Akademie und die AWO-Akademie Helene Simon entschlossen, ihr Studienangebot Sozialmanagement in Zusammenarbeit mit der Alice-Salomon-Fachhochschule Berlin in Zukunft gemeinsam anzubieten. Für den Lehrgang ab 30. Oktober 2006 sind noch zusätzliche Studienplätze frei. Die Leitung des Studiengangs verbleibt in den Händen von Professor David Kramer. Die Studiengruppen werden aus beiden Verbänden gemeinsam besetzt. Information: Paritätische Akademie, Petra Heinzel, Oranienburger Straße 13/14, 10178 Berlin, Tel.: 030/246 36-444, E-Mail: heinzel@akademie.org

10.11.2006 München. Fachtagung: Tagespflegen in Bayern – sie gehen ihren Weg! Information: aufschwungalt/neue wege zukunft, Auenstraße 60, 80469 München, Tel.: 089/50 08 04 01, E-Mail: info@aufschwungalt.de

14.-15.11.2006 Berlin. Jahrestagung: Unsere Zukunft gestalten. Hilfen für alte Menschen mit psychischen Erkrankungen, insbesondere Demenz. Information: Aktion Psychisch Kranke e.V., Brungsgasse 4-6, 53117 Bonn, Tel. 02 28/67 67 40, Fax: 02 28/67 67 42
E-Mail: apk-bonn@netcologne.de

17.-18.11.2006 Lindau am Bodensee. ptz Symposium 06: Psychotherapie der Selbstorganisation. Information: Psychotherapeutisches Weiterbildungszentrum für systemisch-integrative Konzepte, ptz cormann, Schneealpe 48, 88131 Lindau, Tel.: 083 82/39 17, Fax: 083 82/231 69
E-Mail: ptz@cormanninstitut.de

17.-18.11.2006 Würzburg. Tagung der Deutschen Gesellschaft für Sozialarbeit: Empirie und Theorie in der Sozialen Arbeit. Forschungsergebnisse und ihre Bedeutung für die Theorieentwicklung und die Praxis. Koordination: Prof. Dr. Ernst Engelke, Fachhochschule Würzburg-Schweinfurt, Münzstraße 12, 97070 Würzburg
E-Mail: engelke@rzp0.fh-wuerzburg.de

18.11.2006 Fulda. Tagung: Von der Verhaltenstherapie bei Kindern und Jugendlichen mit Autismus zur therapeutischen Begleitung ins Erwachsenenalter. Information: autismus Deutschland e.V., Bebelallee 141, 22297 Hamburg, Tel.: 040/511 56 04, Fax: 040/511 08 13
E-Mail: Autismus-BV-HAK@t-online.de

20.-21.11.2006 Köln. Fachtagung: Behinderung und Alter. Visionen und innovative Konzepte in Zeiten knapper Ressourcen. Information: Universität zu Köln, Heilpädagogische Fakultät, Zentrum für heilpädagogische Gerontologie, Herbert-Lewin-Straße 2, 50931 Köln, Tel.: 02 21/470 55 56, Fax: 02 21/480 37 93
E-Mail: h.bermond@uni-koeln.de

22.-24.11.2006 Burg Rieneck. 24. Praktiker-Tagung Ambulante Maßnahmen nach dem Jugendrecht: Weiterentwicklung mit „KICK“. Bedeutung und Auswirkung des Gesetzes zur Weiterentwicklung der Kinder- und Jugendhilfe. Information: Deutsche Vereinigung für Jugendgerichte und Jugendgerichtshilfen e.V., Lützerodestraße 9, 30161 Hannover, Tel.: 05 11/348 36 40, Fax: 05 11/318 06 60
E-Mail: Tschertner@DVJJ.de